

Platzlabbeck



Nr. 1, Januar 2002

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

■ Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Das neue Jahr hat begonnen und im Mittelpunkt stehen die Haushaltsberatungen für das Jahr 2002. Die Verwaltung schildert die Haushaltslage in düsteren Farben und versucht so, eine Stimmung für einschneidende Haushaltskürzungen sowie für Privatisierungen zu erzeugen.

Der Verkauf der GAG und der Grubo sind beschlossene Sache. Der Verkauf der städtischen Krankenhäuser ist konkret angedacht. All dies wird mit der so schlechten finanziellen Situation begründet. In der kommenden Ratssitzung am Donnerstag legt die Stadtverwaltung mal wieder ein Gutachten vor. Wir stellen diesbezüglich eine Anfrage in der kommenden Ratssitzung.

Demgegenüber bleiben die Mehrheitsfraktionen bei ihrem Plan, Sammelverpflegung für in Köln lebende Flüchtlinge einzuführen. Eine Anfrage der PDS/Offenen Liste-Ratsfraktion beim Rechnungsprüfungsausschuss hat ergeben, dass dies zu einer Erhöhung der Kosten von 100 € im Monat pro Flüchtling führen wird.

Es ist absolut nicht nachvollziehbar, weswegen gerade bei dieser diskriminierenden Maßnahme Geld keine Rolle spielen soll. Wir werden Euch auf dem Laufenden halten, ob die Stadtverwaltung in der Lage ist, diese Fiktion aufrecht zu erhalten. Bemerkenswert ist weiterhin, dass die Stadt Köln Probleme hat, für sämtliche Flüchtlingsheime Betreiber für die Sammelverpflegung zu finden.

Viel Spaß beim Lesen!
Eure
Sengül Senol!

Privatisierung: Sind jetzt die Krankenhäuser dran?

Mit Ach und Krach paukten die Mehrheitsfraktionen den Verkauf der Wohnungsgesellschaften GAG und Grubo durch den Stadtrat. Nunmehr sind die städtischen Kliniken (Merheim, Holweide, Kinderkrankenhaus, Lungenfachklinik Rosbach) die Objekte des Privatisierungswahns der Konservativen und Neoliberalen. Die Kliniken sind hervorragend geführt und konkurrenzfähig, was bereits dadurch deutlich wird, dass sie Gewinne einfahren. Sie bieten 3.500 Mitarbeitern Arbeit und verfügen über ca. 1.700 Betten.

Der medizinische Standard ist vorbildlich und kann sich mit jeder privaten Einrichtung messen. All dies möchten die Mehrheitsfraktionen nun zerschlagen. Sie wollen damit Haushaltslöcher stopfen.

Diese Politik ist verantwortungslos. Eine solche Politik kann nur wenige Jahre funktionieren. Anschließend sind die privatisierbaren Objekte aufgebraucht. Dann steht die Politik vor einem Scherbenhaufen,

da notwendige strukturelle Veränderungen im Haushalt nicht frühzeitig angelegt worden sind. Diese Situation wird noch verschärft, da der Stadt dann die gewinnbringenden Betriebe fehlen.

Ganz besonders verärgert ist der Personalrat über die Privatisierungspläne, so sein Vorsitzender Werner Kolter. Im Oktober letzten Jahres erstellte er ein Strategiepapier und ließ es den Fraktionen und dem Oberbürgermeister zukommen. Statt sich damit auseinander zu setzen, wurden die Privatisierungsabsichten propagiert. Diese mangelhafte Informationspolitik stellt eine unerträgliche Missachtung der Interessen der Belegschaft da, die um ihre Arbeitsplätze fürchten muss.

Aber auch für die Bürger wird der geplante Verkauf unmittelbare Bedeutung haben. Wenn Gewinnmaximierungsstreben oberste Richtschnur allen Handelns ist, leidet die medizinische Qualität.

Fortsetzung Seite 2



Tausende von Medizinstudenten gingen am 16. Januar auf die Straße, um gegen eine neue Approbations- (Ausbildungs-) Ordnung zu protestieren. In Köln versammelten sich nach einer Demonstration einige Hundert angehende Ärzte auf der Domplatte. Mit Flugblättern und zahlreichen transparenten informierten die „Weißkittel“ Passanten über die geplante „Reform“. Statt bisher drei Staatsexamen im Verlaufe des Studiums zu absolvieren (mit jeweils ausreichender Vorbereitungszeit), soll künftig eine gemeinsame Prüfung zum Abschluss des Studiums stattfinden. Die Studenten befürchten dadurch eine wesentliche Verschlechterung der Ausbildung, da diese Abschlussprüfung nicht nur am Ende des Studiums, sondern auch am Ende des „praktischen Jahres“ steht. In diesem Praktikum sind die angehenden Ärzte durch normale und Bereitschaftsdienste ohnehin bis zur Grenze der Belastbarkeit gefordert. Zusätzliche Prüfungsvorbereitungen sind kaum zu schaffen. Auch Professoren wenden sich gegen das geplante „Hammerexamen“. Das Gesetz muss noch im Bundesrat beschlossen werden.

So ist keine Wohnungspolitik möglich

Die FDP hat es in ihrem Flyer zur GAG-Privatisierung auf den Punkt gebracht: „Mit dem Verkauf der städtischen Aktien zieht sich die Stadt aus der Wohnungswirtschaft zurück“. CDU und FDP tun immer so, als ob die Stadt einen üppigen Wohnungsbestand besitzt. Dem ist aber nicht so. Faustregel für städtische Wohnungspolitik ist, 15% aller Wohnungen zu besitzen. Beim Kölner Bestand von 518 000 Wohnungen im Jahr 2000 wären das 78 000 Wohnungen, die eigentlich in städtischem Besitz sein müssten. Köln liegt bei 8,5%.

Das heißt, das Wenige, was Köln an städtischen Wohnungen überhaupt hatte, wird jetzt noch auf den Kopf gehauen.

Die FDP hatte behauptet, Rot-Rot in Berlin würde sich bei Wohnungsprivatisierungen an Köln orientieren. Ohne Privatisierungen als Mittel zur Haushaltskonsolidierung das Wort reden zu wollen: Die FDP-Argumentation ist Unsinn. In Berlin gibt es 400 000 städtische Wohnungen. Das sind 20% aller Wohnungen in der Stadt. Wenn Berlin 70 000 Wohnungen verkauft, bleiben immerhin noch 17%.

Die PDS strebt in Berlin an, dass diese Wohnungen an einzelne Mieter und Mietergenossenschaften verkauft werden. Die Gründung neuer Genossenschaften wird durch das Land Berlin modellhaft gefördert. Das ist in der Koalitionsvereinbarung geregelt. Dort ist auch festgelegt, dass

nicht ein städtisches Unternehmen komplett verkauft wird, wie die FDP behauptet (die GSW), sondern dass aus allen städtischen Unternehmen Wohnungen verkauft werden sollen.

Eine städtische Wohnungspolitik ist in Berlin mit 17% Wohnbestand aller Wohnungen gut möglich. In Köln mit 0% überhaupt nicht mehr.

In der Diskussion über die sozialen Auswirkungen der Privatisierung der GAG/Grubo hat OB Schramma auf dem Empfang der Kölner Wohnungsunternehmer erklärt, dass sich die Stadt 12 500 Wohnungen beim Aktienverkauf über die Belegungsrechte sichern will. Die PDS hält mindestens 16 000 Wohnungen für erforderlich, um auch Flüchtlinge durch

die Stadt Köln vernünftig unterbringen zu können.

Diese Zusicherung durch die Verwaltung ist aber reine Propaganda. In den Ausschreibungsbedingungen ist sie nicht wiederzufinden.

Klar ist aber auch, dass die Stadt Köln langfristig für diese Wohnungen mehr Miete zahlen müssen, weil über kurz oder lang solche Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen werden. Die PDS-Offene Liste rechnet damit, dass in den nächsten Jahren im Haushalt 1 Mio. Euro jährlich mehr für höhere Mieten für Oberdachlose und Sozialhilfeempfänger via Belegungsrechte einplant müssen.

Jörg Detjen

PDS unterstützt Bürger-Widerspruch

Gegen die Ablehnung des Bürgerbegehrens für den Erhalt der GAG- und GRUBO-Wohnungen durch die Ratsmehrheit haben die Organisatoren förmlich Widerspruch eingelegt.

Die PDS-OL-Ratsgruppe tritt dafür ein, dass die Organisatoren des Bürgerbegehrens ihren Widerspruch am 31. Januar vor dem Rat begründen können.

Nach Ansicht der Ratsgruppe sind die Vorwürfe der Stadt, das Bürgerbegehren könne nicht gewertet werden, weil es Auswirkungen auf den Haushalt habe, ungerechtfertigt. Ein Vertreter der Ratsgruppe erklärte: „Bürgerbegehren tangieren immer den Haushalt. Die Stadtverwaltung macht sich mit ihrer abstrusen Konstruktion die Vorwände des nationalsozialistischen Staatstheoretikers Carl Schmitt jetzt direkt zu eigen, auf die sich Gutachter Prof. Ossenbühl bezog. Mit solchen Argumenten, bei denen es um Abschaffung landesweiter Volksentscheide ging, will man heute die kommunalen Bürgerentscheide letztlich außer Kraft setzen.“

MacDonald's in Kölner Schulen?

Fortsetzung von Seite 1

Es werden dann, wie die bisherige Entwicklung in anderen Kommunen zeigt, die Arbeit auf weniger (und schlechter bezahltes) Personal und die ärztliche Versorgung auf weniger Betten verteilt. Nicht auszu-denken wären die Folgen, wenn über ein privates Krankenhaus ein Insolvenzverfahren eröffnet würde. Dann könnte sich der Verkauf als großer Bumerang für die Stadt erweisen. Sie wäre gezwungen, den Betrieb eines dann heruntergewirtschafteten Krankenhauses fortzusetzen.

Der Verkauf führt zudem zu einer Schwächung der kommunalen Ebene in Köln. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge, zu der die Kommune verpflichtet ist. Sie würde somit eine Möglichkeit, Gesellschaftspolitik zu betreiben, verlieren. Dies wiederum würde zu einer tendenziellen Reduzierung demokratischer und zu einer tendenziellen Stärkung oligarchischer, kapitalistischer Strukturen führen.

Sengül Senol

„Platzjabbeck“ berichtete bereits im vergangenen Jahr über die Pläne der Stadtverwaltung, die vorhandenen Schulmensen zu schließen und statt dessen die Pausenverpflegung sogenannten Bistros zu überlassen.

Diese Pläne stießen zu Recht auf jede Menge Widerstand bei Schülern, Eltern, Lehrern und auch im Schulausschuss. Die von der Verwaltung als „notwendig“ angekündigte Sanierungssumme von etwa 3 Millionen Euro wird von Schulleitern und Politikern angezweifelt. Vor allem wehren sich die betroffenen sechs Schulküchen-Standorte und ihre mehr als 20 Nutzer gegen eine pauschale „Alles-oder-Nichts“-Lösung.

Wenn schon eine Neuordnung des Schulessens, dann bitte unter Berücksichtigung der jeweiligen Schülerschaft und ihrer Wünsche – und einer genauen Aufstellung über die effektiv notwendigen Sanierungskosten. Fachleute bezweifeln nicht, dass es in einigen Schulküchen Mängel gibt – allerdings nicht erst seit kurzem. Vielfach wurden angemahnte Reparatur-

ren jahrelang nicht ausgeführt, zugesagte Küchengeräte nicht geliefert oder, wie in einer Schule, von drei Kühlanlagen zwei abgeschaltet, um Strom zu sparen.

Das Hauptargument gegen die Schließung von Schulküchen ist jedoch die Notwendigkeit, in Ganztagschulen gesundes und abwechslungsreiches Essen anzubieten. Erwiesenermaßen leiden viele Kinder, vor allem in sozialen Brennpunkten, unter Mangelernährung, sie kommen ohne Frühstück zur Schule und befriedigen ihren Hunger mit Tütenchips oder Schokoriegeln. Eine angestrebte Erziehung zu vernünftigen Essgewohnheiten kann nur durch das Angebot an gesunder, dennoch erschwinglicher Nahrung erreicht werden. Bistrotbetriebe, deren Angebot, wie es in der ersten Verwaltungsvorlage hieß, aus „kurzerwärmten Snacks wie Pizzen, Hamburger, usw.“ bestehen soll, reichen dazu nicht aus. Die Schulpflegschaft der Peter-Petersen-Schule führte in ihrem Protest dazu aus: „Im PP-Schulalltag haben gemeinsame Mahlzeiten wichtige Funktionen: Erholung, Kommunikation und Erlernen von Esskultur“. Sie verweist ferner darauf, dass das „scheinbar stillschweigend akzeptierte

■ Nippes

PDS-Offene Liste lehnt den Haushalt ab

In den Bezirken wird der Entwurf des städtischen Haushaltes direkt in der ersten Sitzung des neuen Jahres diskutiert. Für die Bezirksvertreter besteht die Möglichkeit, über den Entwurf zu diskutieren und ihre Meinung kund zu tun. Um inhaltlich Stellung zu beziehen, ist der Zeitpunkt jedoch ungünstig. Veränderungsnachweise lagen beispielsweise am 10. Januar, dem Tag der Haushaltsberatungen in der BV Nippes, noch nicht vor. Lediglich die bezirklichen Mittel konnten an diesem Tag sinn-

voll bearbeitet und verabschiedet werden. In Nippes werden diese bescheidenen Mittel (ca. 80.000 €) hauptsächlich für die Jugend- und Immigrationsarbeit vergeben. Die PDS-Offene Liste hat die Verteilung des Geldes mitgetragen. Auf ihre Anregung werden die Vergabemodalitäten ab dem nächsten Jahr modifiziert. Eine transparentere Vergabe soll dadurch gewährleistet werden.

Den gesamten Haushaltsplan hat die PDS-OL als einzige Partei vollständig abgelehnt. Hierfür gab es genügend gute Gründe, auch wenn zum Zeitpunkt der Beratung noch nicht alle Schwächen bekannt waren. So hält die Stadt an dem schädlichen Gürtelausbau fest. Das kostet

jährlich mehrere zigtausend € alleine für die Planung. Im Investitionsplan sind 180 Millionen € für 2006 vorgesehen. In diesem Jahr sollen die Zuschüsse für die im Stadtbezirk befindlichen KITAS um 25.000 € gekürzt werden. Das Frühstück für die Kinder wird gestrichen. Das Floracafé, in dem die Gutbetuchten gerne residieren, wird dagegen mit jährlich 70.000 € subventioniert. Heute steht fest, wofür das Geld gebraucht wird. Die Chefin sitzt wegen Steuerhinterziehung im Knast. Schließlich würde auch ein Grund reichen, diesen Haushaltsplan abzulehnen, basiert er doch auf dem Verkauf der GAG Wohnungen.

Jeder fortschrittliche oder sozial eingestellte Mensch kann diesen Haushalt nur ablehnen. Er steht für die Interessen der Reichen, er richtet sich gegen die Interessen des Großteils der Menschen, die in dieser Stadt leben. MW

Aufsuchen eines „fußläufig erreichbaren Imbiss“ eine Verletzung der Schulordnung bedeutet.

Viel Kritik fand auch die Ankündigung, eine „Marktanalyse“ solle zum Preis von mehr als 60 000 Euro erstellt werden. Nach Ansicht auch der sachkundigen Ausschussmitglieder würde es vollauf genügen, Schulleitungen, Mensaausschüsse und Schulpflegschaften mit den beteiligten Cateringfirmen an einen Tisch zu bringen, um zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Das aber bedeutet, wie im Schulausschuss richtig angemerkt wurde, „ein wenig Gehirnschmalz anzuwenden“.

hum

Kein Betreiber für Sammelverpflegung

Die PDS-OL-Ratsgruppe hatte sich mit einer Anfrage an den Rechnungsprüfungsausschuss gewandt und eine Überprüfung der Kosten für die Sammelverpflegung in Flüchtlingsunterkünften gefordert. Zu vermuten war, dass die Sammelverpflegung teurer ist als die bisher gewährte Auszahlung von Geldmitteln an Flüchtlinge.

Die Verwaltung gestand ein, dass die Mehrkosten ca. 100 € pro Flüchtling betragen.

Eine mit städtischen Mitteln finanzierte Abschreckungspolitik, meint die Ratsgruppe. Zur Zeit befinden sich 177 Flüchtlinge im Container-Lager.

Pikant am Rande: Die Verwaltung teilte mit, dass die Betreiberin der Sammelverpflegung im Flüchtlingsheim Subbelrather Straße – vermutlich das Franziskus Hospital – „wegen negativer Image-Werbung“ abgesprungen sei und die Stadt Köln die geplante Sammelverpflegung ab

Mitte Januar doch nicht einführen könne. Ein Beweis, dass durch öffentlichen Druck zumindest kleine Erfolge erreicht werden können.

Carl-Diem-Weg führt ins Braune

Nach mehr als einem halben Jahrhundert seit dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft ist es der Sportpolitik noch immer nicht gelungen, sich von der unseligen Allianz zwischen Athlet und Krieger zu trennen. Militärische und paramilitärische „Spiele“ und „Sportarten“ haben auch nach dem 8. Mai 1945 in unseren Stadien ein breites Programm (Military, Biathlon usw.), ja sie sind nach wie vor nicht mit einer Dornenkrone, sondern mit einem Lorbeerkranz aus dem Olymp bedeckt. Beim Empfang der Stadt Köln für den Stadtsportbund am vergangenen Sonntagvormittag in der Ratspiazetta war das kein Thema beim Small-Talk.

Einer dieser ideologischen Lorbeerkranzträger war der NS-Sportfunktionär Carl Diem, Begründer der Sporthochschulen von Berlin und Köln. Noch heute wollen seine Anhänger nicht, dass er seinen verdorrten Kopfschmuck gewirft. Am 17.1.2002 versuchte sein Sohn Carl Jürgen vor dem Landgericht Darmstadt (Az 30262/01) vergeblich durchzusetzen, dass die Durchhalteparolen seines Vaters, die er am 18.3.1945 (!) auf dem Reichssportfeld (Berliner Olympiastadion) an Volkssturm und Hitlerjugend zum finalen Opfergang ausgab, „die historischen Tatsachen verdrehten und seinen Vater verunglimpften“ und somit widerrufen werden müssten.

Der Name „Carl Diem“ ziert noch immer eine von vielen jungen Menschen begangene und bewohnte Straße im Kölner Westen: den Carl-Diem-Weg mit Sporthochschule und Studentenwohnheim in Müngersdorf.

Die PDS-OL-Ratsgruppe hat vor dem Hintergrund der stadtkölnischen Geschichte in der nationalsozialistischen Zeit die Verwaltung für die Ratsitzung am 31.1.2002 gefragt, warum sie nach wie vor die öffentliche Ehrung des NS-Unrechtstäters Carl Diem durch eine Straßenbenennung hinnimmt oder sogar duldet. Der Stadtbezirk 3 (Lindenthal) sträubt sich unentwegt, eine Umbenennung des in seinem Bezirk gelegenen Carl-Diem-Weges vorzunehmen; dahin gehende Anträge aus der Bezirksvertretung und der Bürgerschaft fanden bislang keine Mehrheit.

Erkennt die Stadt Köln, fragt die Gruppe, aus gesamtstädtischer Sicht – insbesondere wegen ihrer Bewerbung als „Kulturstadt Europas“, „WM-Ausrichter“ und „Olympia-Austragungstätte“ einen Weg, diesen Umbenennungsfall an sich zu ziehen und den Straßennamen zu löschen oder aber hilfsweise über die Bezirksverwaltung Lindenthal eine entsprechende Beschlussvorlage in die Bezirksvertretung 3 einbringen und darüber abstimmen zu lassen?

breu



So ein Theater ums Theater



Ein Blick auf die Spielpläne der freien und privaten Theater Kölns offenbart vieles.

Die hintergründigen Absichten für eine thematisch-dramaturgische Auseinandersetzung auf Kölns Bühnen sind breit gefächert und reichen von überaus kritischem und ernstem Disput bis zu Formen intelligenter Unterhaltung. Insoweit gibt der Spielplan zeitbezogen und nur wenig zeitverzogen das wieder, was uns heutzutage gerade zutiefst bewegt.

Köln hat ein quirliges Theaterleben. Neben den Städtischen Bühnen sind es vor allem die vielen freien und privaten Theater, die mit eigenen oder Gast-Spielstätten von 60 bis 99 Plätzen, in vier Theatern sogar von 150 bis 300, die Stärke der Kölner Theaterlandschaft ausmachen. Und das auch im Vergleich zu den übrigen Großstädten der Republik.

Nahezu jedes dieser Theater arbeitet in engen Betriebsräumen, niemand weiß, wohin mit den Requisiten und dem Fundus, wohin mit den Handwerkern, wohin bei den Probespielen. Improvisieren ist hier neben der Schauspielkunst ein oft gefragter Behelf. Freie Theatergruppen nutzen die Spielstätten mit. Lediglich vier Gruppen arbeiten über längere Zeit mit einem festen Ensemble. Die meisten Gruppen bestehen eigentlich nur aus einer bis drei Personen, die je nach Produktion um eine weitere Zahl von Theaterschaffenden aufgestockt werden.

Es fällt auf, dass im Kölner Theaterleben Ensembles von außerhalb so gut wie nie eine geeignete Spielstätte finden.

Und noch etwas: Gegenwärtig ist die Mehrzahl der freien Theater noch immer nicht in der Lage, aus eigener Finanzkraft das für eine nachhaltige Weiterentwicklung unerlässliche Stammpersonal für die künstlerische Leitung, betriebliche Organisation und Technik zu entlohnen.

Die öffentliche Förderung der freien und privaten Theater richtete sich in der Vergangenheit fast ausschließlich an aktuelle einzelne Theaterproduktionen (Projektförderung). Erst mit dem Ratsbeschluss vom 1.2.2001 wandte sich die Stadt im Einvernehmen mit der Mehrheit der Theaterschaffenden davon ab und fördert mit Beginn des Haushaltsjahres 2002 bis zu vier Jahren, erstmals also bis 2005, vorrangig grundsätzlich nur noch professionelle freie Theater nach künstlerischen und insbeson-

dere betriebswirtschaftlichen Konzepten (Konzeptionsförderung). Eine Theaterjury (Theaterbeirat) entscheidet nach einem Minimalkonsens (Förderkonzept) im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und bindet mit seinem fachlichen Votum die Kulturverwaltung.

Und damit sind wir bei den dramatischen Ereignissen dieser Tage, als der Theaterbeirat in der Kulturausschuss-Sitzung am 11.12.2001 sein Votum zur Konzeptionsförderung 2002/2005 einbrachte. Der Theaterjury hatten 34 Förderanträge mit einem Volumen von insgesamt 2,76 Mio. € vorgelegen. Zur Disposition stand ihm aber zunächst nur ein planerischer Haushaltsansatz von 774.975,- € bereit. Die Jury hatte sich für 2002 im Zeitpunkt ihrer Entscheidungsfindung am Gesamt-Theateretat 2001 in Höhe von 1.033.300,- € angelehnt; ein Budget für 2002 stand noch nicht fest. Auszugehen war für sie immerhin von einer mindestens ungekürzten Höhe wie im laufenden Haushaltsjahr 2001 und einem so im Förderkonzept festgeschriebenen Förderanteil von 75 v.H. der Gesamtaufwendungen für die Theaterpflege, mithin von 774.975,- €.

Mit diesem Betrag waren allerdings nur zehn Theater auf unterstem finanziellem Niveau in ihrer Existenz mittelfristig zu sichern. Für die übrigen 24 bedeutete dies das Aus.

Der Theaterbeirat lehnte es einstimmig ab, wegen der Haushaltskonsolidierung eine (lineare) Kürzung um 25 v.H. vorzunehmen. Das hätte zu weiteren Theaterschließungen geführt. Davon wäre auch das Arkadas-Theater betroffen gewesen, das mit 60.000,- € jährlich erstmals gefördert werden sollte. Der Theaterbeirat drohte mit seinem Rücktritt..

Die Verwaltungsvorlage – reduziert auf magere 612.000,- € – stieß auf heftige Empörung und Ablehnung in der Theaterszene und bei der Ratsopposition. Dem mussten sich die beiden Mehrheitsfraktionen stellen. Ein Umdenken zum Umlenken der Finanzen setzte ein. In der Kulturausschuss-Sitzung am 22.1.2002 wichen CDU und FDP dem berechtigten und nachvollziehbaren Protest aller freien und privaten Theater Kölns. Der Kulturausschuss zog die Fördervorlage zurück.

Beschlossen wurde einstimmig, weitere zehn bis 15 Theater in die betriebliche Förderung einzubinden, so dass nun „nur“ noch neun Förderanträge (von ursprünglich 34) unberücksichtigt bleiben. Für den Theaterbeirat gab es aus den Reihen der Kulturpolitiker keinen finanziellen Rahmen, so dass er sich jetzt ein bequemes Förderkorsett anziehen kann, das die Oberweite 2,76 Mio. erreichen darf, sofern der Finanzausschuss letztendlich sein Plazet gibt. *breu*

Geister begeistert vom Spendergeist

Der Geisterzug 2002 ist finanziell abgesichert und kann wie geplant am Samstagabend, dem 9. Februar, durch die Straßen von Longerich bis zum Chorweiler-Zentrum ziehen. Die Kosten von rund € 5.112,- sind jetzt durch städtische und private Zuschüsse gedeckt.

Vor Monaten sah es noch anders aus: Am 26.10.2001 überraschte die Stadtverwaltung die Zugmacher mit dem Hinweis, dass eine volle Kostenübernahme wegen der „prekären Haushaltslage“ nicht vertretbar sei, denn bei dem Zuschuss handele es sich schließlich um eine „freiwillige Ausgabe“. Im Haushalt 2001 waren zwar wiederum DM 5.000,- für 2002 eingestellt, die finanzielle Beteiligung der Berufskarnevalisten war aber ungewiss. Erstmals wurde der Geisterzug 2001 städtischerseits mit DM 5.000,- unterstützt, das Festkomitee Kölner Karneval gab die andere Hälfte. Mit roten Socken und roter Pappnase begab sich die PDS-OL-Gruppe am 13.11.2001 mit einem Bittbrief vor das närrische Gremium, um die andere Hälfte der Grundkosten für den öffentlichen Umzug der Geister zu erbetteln. Der Appell an die Narren auf dem Maarweg traf ihr kölsches Hätz. Sie zahlten wiederum einen Zuschuss von € 2.600,- für den Geisterzug. Ähzebär un Ko können in der fünften Jahreszeit nicht nur, wie die Ratsgruppe in ihrer Bittschrift süffisant meinte, das rheinische „Brautum“ entgeistern, sondern auch das heimische „Brauchtum“ begeistert weiter pflegen. *breu*

Samstag, 9. Februar
Geisterzug unter dem Motto „Loß mer schmelze“, Aufstellung ab 18 Uhr, Heckweg (Longerich), Abschlussfest ab 20 Uhr Pariser Platz/ Liverpooler Platz (Chorweiler)